

MIET- UND PACHTAUSFÄLLE MEHREN SICH

Zugang zu allen Sofort- und Hilfsmaßnahmen gefordert

Autor: Stefan Posch

Innnerhalb der Branche mehren sich Berichte, dass gewerbliche Mieter ihre monatliche Miete

aufgrund der Corona-Krise einfach nicht bezahlen wollen. Sogar Betriebe, die nicht von der behördlichen Schließung betroffen sind, sollen sich unter diesen befinden. Der Verband der institutionellen Immobilieninvestoren (VII) und der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB) fordern nun, dass auch die Anliegen der Vermieter bei den Hilfsmaßnahmen zu berücksichtigen sind.

Der Präsident des VII, Wolfgang Louzek, warnt davor, bei Hilfsmaßnahmen ausschließlich die Sicht der Mieter ins Auge zu fassen und Vermieter und Verpächter von Geschäftsflächen, wie auch Vermieter von Wohnungen, völlig außer Acht zu lassen. "Denn wenn diese in die Insolvenz rutschen, ist damit nicht den Mietern oder Pächtern und vor allem auch nicht der Wirtschaft gedient", so Louzek. Deshalb sei es auch dringend geboten, dass Mieter sich mit den Vermietern und Verpächtern in Einvernehmen setzen und keine einseitigen Handlungen setzen würden, die außerhalb jeder juristisch legalen Möglichkeit steht. Die Immobilienwirtschaft repräsentiere rd. 9,8 Prozent der Gesamtwirtschaft. Auch wenn derzeit die Wirtschaft stillsteht, werde gerade diese Branche nach dem Wiederhochfahren der Wirtschaft dringend benötigt, denn nur in Geschäftslokalen und Büros, die funktionieren, könne wieder ein Geschäft getätigt werden. "Daher", so Louzek "fordern wir dringend von der Bundesregierung die Klarstellung, dass den Vermietern und Verpächtern selbstverständlich Zugang zu allen Sofort- und Hilfsmaßnahmen ebenso ermöglicht wird, wie den Mietern oder Pächtern. Denn nur Solidarität kann helfen".

Auch für Martin Prunbauer, Präsident Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB), ist es nicht ratsam in der jetzigen Situation das Problem einfach nur zu verschieben. "Gerade die kleinen und mittleren Eigentümer und Vermieter wie zum Beispiel Pensionistinnen und Pensionisten, die sich mit der Vermietung einen kleinen Zuverdienst zur Pension verdienen oder diejenigen, die Kreditfinanzierungen laufen haben, werden schwer getroffen. Doch wir brauchen gerade diese kleinen Eigentümer, um die kleinteilig organisierte Wirtschaft nach der Krise wieder anzuwerfen", so Prunbauer zum immoflash.

Denn gerade die kleinen und mittleren Eigentümer würden einen großen Anteil an der Gesamtinvestitionssumme im Bau- und Baunebengewerbe leisten und hätten sich bereits in der Vergangenheit als stabiler Konjunkturmotor für die heimische Wirtschaft bewiesen. "Diesen Menschen jetzt etwas wegzunehmen und zu riskieren, dass Kreditraten nicht mehr finanziert werden können oder Sparguthaben und Vermögenswerte dramatisch an Wert verlieren, ist eindeutig der falsche Weg!" gibt Prunbauer zu bedenken.